



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2021/0700

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

04.05.2021

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Haupt-, Personal- und Beteiligungsausschuss	17.05.2021	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Leverkusen, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe DIE LINKE vom 20.04.2021

Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke:

Der Rat der Stadt Leverkusen hat gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW für die Dauer der vom Landtag des Landes NRW festgestellten epidemischen Lage von landesweiter Tragweite seine Entscheidungsbefugnisse – mit Ausnahme von Organisationsentscheidungen, Wahlen, Abwahlen, Bestellungen und Abberufungen – auf den Haupt-, Personal- und Beteiligungsausschuss übertragen.

Daher wird Pt. 2 dieses Antrags dem Haupt-, Personal- und Beteiligungsausschuss anstelle des Rates zur Entscheidung vorgelegt.

Pt. 2 des Antrags kann nämlich nicht – wie beantragt - in „Textform“ nach § 60 Absatz 2 GO NRW gefasst werden, hierfür ist ein Beschluss erforderlich. Lediglich für die Frage der Delegation (Pt. 1 des Antrags) war eine Abfrage durch Umlaufbeschluss in Textform zulässig. Andere Angelegenheiten sind hierdurch nicht erfasst.

Anlage/n:

0700 - Antrag

Herrn Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Leverkusen, 20. April 2021

Antrag: Delegation der Entscheidungsbefugnisse des Rates während einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte lassen Sie folgenden Antrag gemäß Paragraph § 60 Abs. 2. S. 2 GO NRW in Textform durch die Mitglieder des Rates der Stadt Leverkusen abstimmen:

1. Für die Dauer der vom Landtag des Landes NRW festgestellten epidemischen Lage von landesweiter Tragweite überträgt der Rat der Stadt Leverkusen gemäß § 60 Absatz 2 GO NRW seine Entscheidungsbefugnisse – mit Ausnahme von Organisationsentscheidungen, Wahlen, Abwahlen, Bestellungen und Abberufungen – auf den Haupt-, Personal- und Beteiligungsausschuss.

2. Die Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Leverkusen, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen ist wie folgt zu ändern:

„§ 19 wird um einen neuen Absatz 7 wie folgt ergänzt:

Im Falle einer Delegation des Rates auf den Haupt-, Personal- und Beteiligungsausschuss nach § 60 Absatz 2 GO NRW gelten die für den Rat getroffenen Regelungen der Geschäftsordnung entsprechend. Die Absätze 2, 4 und 5 treten in diesem Fall außer Kraft.“

Begründung:

Der Landtag NRW hat mit der der Beschlussfassung über das „Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkungen einer Pandemie“ (GV. NRW. S. 217b) vom 14. April 2020 in Verbindung mit dem am 29. September 2020 in Kraft getretenen „Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen in den kommunalen Haushalten und zur Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit sowie zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Vorschriften (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz – NKF-CIG)“ die Möglichkeit eröffnet, Entscheidungsbefugnisse der kommunalen Vertretungen während einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite auf die jeweilig zuständigen Ausschüsse zu delegieren (§ 60 Absatz 2 GO NRW, § 50 Absatz 4 KrO NRW, § 11 Absatz 5 LVerbO und § 13 Absatz 5 RVRG).

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat mit Beschluss vom 24. März 2021 erneut die epidemische Lage von landesweiter Tragweite bis zum Ende des Monats April 2021 festgestellt. Somit ist der Anwendungsbereich des geänderten § 60 Absatz 2 GO NRW (bzw. der ebenso geänderten entsprechenden Rechtsgrundlagen) eröffnet.

Vor dem Hintergrund der aktuell wieder steigenden Infektionszahlen und dem langsamen Fortschritt bei den Impfungen ist zu erwarten, dass die epidemische Lage von landesweiter Tragweite über den 30. April hinaus verlängert wird.

Ebenso ist es vor dem Hintergrund des sich ausweiteten Infektionsgeschehens eine Durchführung von Ratssitzung mit mehr als 60 Personen im Ratssaal und über die Dauer von teilweise mehr als sechs Stunden unter Einhaltung der Hygienevorschriften kaum denkbar.

Durch die in § 60 Absatz 2 GO NRW eingefügte Regelung können die Mitglieder des Rates ihre - aus einer demokratischen Wahl hervorgegangenen - Rechte maximal für die Dauer der festgestellten epidemischen Lage von landesweiter Tragweite auf den Hauptausschuss übertragen, wenn sie mit zwei Drittel der Mitglieder des Rates dieser Delegation zustimmen.

Sofern die Mitglieder des Rates diese Handlungsoption für die Dauer der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite in Erwägung ziehen, müssen diese aktiv der Delegation zustimmen. Dies kann in einer Präsenzsitzung des Rates erfolgen oder es kann gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 GO NRW eine Stimmabgabe in Textform erfolgen.

Vor dem beschriebenen Hintergrund beantragen wir mit besonderer Dringlichkeit eine Abstimmung über die Delegation der Entscheidungsbefugnisse des Rates während einer epidemischen Lage von landesweiter Tragweite auf den Hauptausschuss.

Sofern die Delegation vorgenommen wird endet diese automatisch mit außer Kraft treten der epidemischen Lage von landesweiter Tragweite. Dem Rat ist es möglich, die Delegation vorzeitig aufzuheben und seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Entscheidungskompetenzen wiederherzustellen. Hierzu kann er die Beendigung der Delegation in derselben Form wie die Delegation selbst beschließen.

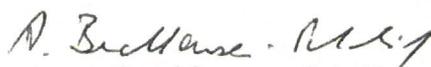
Mit freundlichen Grüßen


Stefan Hebbel
CDU-Fraktion

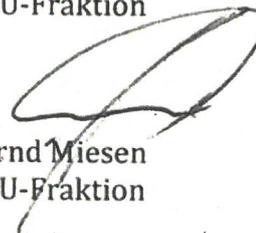
Bernhard Marewski
CDU-Fraktion

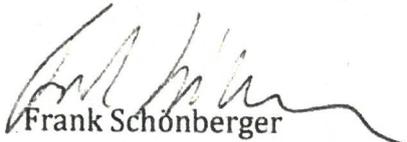



Ina Biermann-Tannenberger
CDU-Fraktion

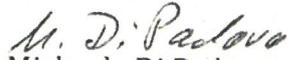

Annegret Bruchhausen-Scholich
CDU-Fraktion

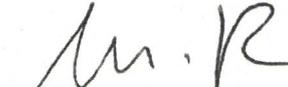

Tim Feister
CDU-Fraktion

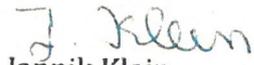

Bernd Miesen
CDU-Fraktion

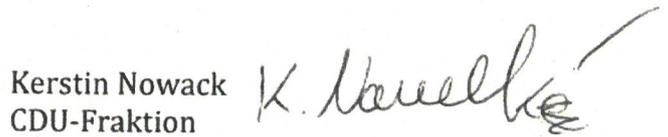

Frank Schönberger
CDU-Fraktion


Rüdiger Scholz
CDU-Fraktion

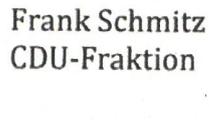

Michaela Di Padova
CDU-Fraktion


Andreas F. Eckloff
CDU-Fraktion

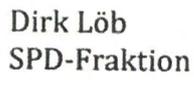

Jannik Klein
CDU-Fraktion

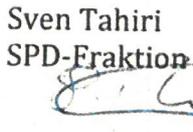

Kerstin Nowack
CDU-Fraktion


Gisela Schumann
CDU-Fraktion

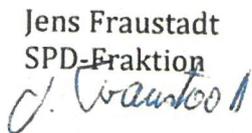

Frank Schmitz
CDU-Fraktion

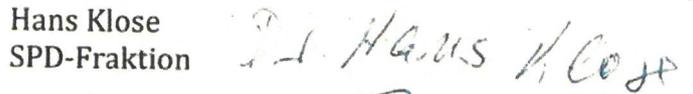

Milanie Kreuz
SPD-Fraktion


Dirk Löb
SPD-Fraktion

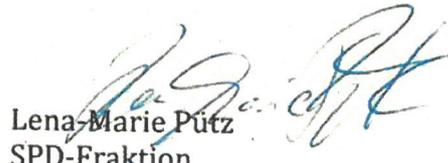

Sven Tahiri
SPD-Fraktion


Heike Bunde
SPD-Fraktion

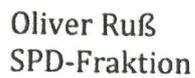

Jens Fraustadt
SPD-Fraktion


Hans Klose
SPD-Fraktion

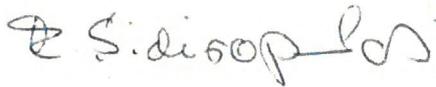

Eva Ariane Koepke
SPD-Fraktion


Lena-Marie Pütz
SPD-Fraktion


Mohammed Rifi
SPD-Fraktion


Oliver Ruß
SPD-Fraktion

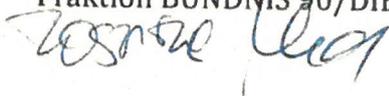
Regina Sidiropulos
SPD-Fraktion



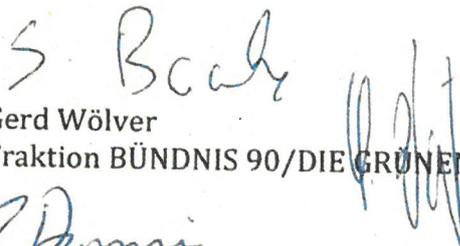
Laura Willsch
SPD-Fraktion



Roswitha Arnold
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Stefan Baake
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Gerd Wölver
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



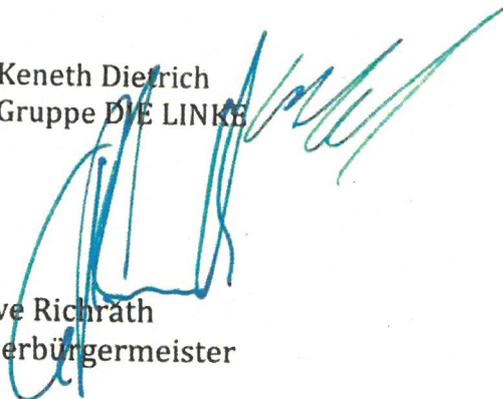
Zöhre Demirci
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



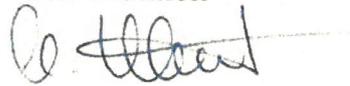
Andreas Bokeloh
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Keneth Dietrich
Gruppe DIE LINKE

Uwe Richrath
Oberbürgermeister



Melanie Went
SPD-Fraktion



Claudia Wiese
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Bettina Miserius
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Dirk Danlowski
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN



Christoph Kühl
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gisela Kronenberg
Gruppe DIE LINKE

